

Die revisionistischen Abweichungen von der politischen Generallinie unserer Partei konzentrieren sich auf drei Hauptpunkte:

1. Auf Fragen, die die führende Rolle unserer Partei, ihre ideologische und organisatorische Grundlage betreffen. Wer die Partei vom Marxismus-Leninismus wegzerren will, möchte die Arbeiterklasse unter eine opportunistische Führung bringen.
2. Auf Fragen der Staatstheorie: Eine Preisgabe der marxistisch-leninistischen Staatstheorie muß aber schließlich auch die Preisgabe der Arbeiter- und Bauern-Macht und damit die Ausdehnung der imperialistischen Herrschaft der Bourgeoisie nach sich ziehen.
3. Auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion, die darauf abzielen, die DDR vom brüderlichen Bündnis mit der großen sozialistischen Sowjetunion zu trennen und aus dem sozialistischen Lager herauszureißen.

Die Aussprachen über die revisionistischen Abweichungen von der Generallinie der Partei und die Auseinandersetzungen mit Vertretern dieser Auffassungen müssen vor allem in den Grundorganisationen stattfinden. Die ideologische Reife der Partei gibt ihr die Kraft dazu.

In der Rede des Genossen Walter Ulbricht gibt es bestimmte Schlußfolgerungen für die Verhältnisse in Westdeutschland und Westberlin, die besonders für die Genossen, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland arbeiten, von Bedeutung sind. Besonders bezieht sich das auf die Konsequenzen des wiedererstandenen Imperialismus in Westdeutschland. Es ist auf jeden Fall besser, jetzt Klarheit über die tatsächliche Lage zu schaffen, als Illusionen zu dulden, die wir später mit den schwersten Opfern bezahlen müssen. Die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes lassen sich nicht mit denen der deutschen Imperialisten auf einen Nenner bringen. Wer den Frieden erhalten will, muß für den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und das Unschädlichmachen der Imperialisten eintreten. Er darf sich niemals gegen die Sowjetunion mißbrauchen lassen. Wer für die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staat ist, muß alles tun, um den politischen Kurs der Bonner Regierung grundlegend zu ändern, muß helfen, das Monopol- und Finanzkapital, die Großgrundbesitzer wirtschaftlich und politisch zu entmachten.

Der deutsche Imperialismus hat durch die friedensfeindliche, antidemokratische Politik der Bonner Regierung die nationale Wiedervereinigung Deutschlands außerordentlich erschwert. Die Intelligenz und die Mittelschichten werden, wenn wir vernünftig mit ihnen reden, sehr bald begreifen, daß gerade das Wiedervereinigungsprogramm, das unsere Partei ausgearbeitet hat, den einzig gangbaren Weg zur Lösung unseres nationalen Anliegens darstellt.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, mit diesem Programm und unseren Lösungen tief in die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins einzudringen und sie in der selbständigen Führung des politischen und sozialen Klassenkampfes zu bestärken. Unsere Ansichten und Vorschläge fallen im Zusammenhang mit den westdeutschen Wahlen auf einen günstigen, politisch aufgelockerten Boden.